

Peter Ritter

Vortrag

## **Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS in Mecklenburg-Vorpommern**

### **Maßstäbe, praktische Ansätze, Ergebnisse**

Gesellschaftspolitisches Forum am 4. Februar 2006, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Anrede,

lange habe ich überlegt, unter welches Motto ich diesen Vortrag stellen könnte.

Drei Dinge sind mir eingefallen:

1. eine unsere Wahllosungen Mitte der 90er Jahre hieß: „Veränderung beginnt mit Opposition!“
2. Rudolf Scharping, damals Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag sagte 1996 : „Die PDS verschwindet sowieso, und die SPD wird sich mit denen nie verbinden.“
3. Octavio Paz stellte fest: „Indem der Revolutionär die Macht übernimmt, übernimmt er die Ungerechtigkeit der Macht.“

Im Nachfolgenden werde ich versuchen, diese drei Punkte, die Maßstäbe, praktischen Ansätze und Ergebnisse unserer Arbeit sowie das auch heute zur Debatte stehende Buch „Warum? Für wen? Wohin?“ zu reflektieren.

Letzteres werden sehr persönliche Feststellungen sein, zumal ich sehr oft persönlich im Buch benannt und angesprochen werde.

Notwendig ist daher auch ein persönlicher Blick zurück.

1998 stimmte eine große Mehrheit des Landesparteitages für einen erstmals ausgehandelten Koalitionsvertrag.

Auch in der Fraktion gab es nur wenige Stimmenthaltungen.

Ich gehörte dazu. Ich war der Auffassung, dass die PDS in einer Koalition keine Möglichkeit habe, eigenes Profil zu entwickeln.

Die Würfel zur Zusammenarbeit aber waren gefallen.

So begann für mich ein Lernprozess - Lernen in Konflikten, wie die Einführung überschrieben war. Ein Prozess, der heute noch andauert und unterschiedliche Resultate bringt.

So sind einige der eifrigsten Verfechter der Regierungsbeteiligung von damals heute entschiedene Gegner.

Andere haben ihren kritischen Blick von damals bis heute durchaus bewahrt. Ernüchterung aber ist allseits eingetreten.

„Veränderung beginnt mit Opposition“

Mit Inbrunst haben wir Mitte der 90er Jahre unter diesem Motto Wahlkampf geführt.

Was aber kommt danach, nach diesem Beginn der Veränderung durch Opposition?

Eine offene, breite Debatte an der Basis darüber hatte kaum stattgefunden. Auch weil sich durch die von allen anderen Parteien praktizierte Abgrenzung uns gegenüber lange eine Zusammenarbeit ausschloss.

Dennoch formulierte im Herbst 1994 ein Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern erstmals Maßstäbe für eine mögliche Regierungsbeteiligung.

„Regieren wie am Runden Tisch“ hieß dieser Beschluss.

Darin gefordert u.a.

- die Verabschiedung eines Gesetzes „Arbeit für Mecklenburg-Vorpommern“ zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit
- die Einführung der Verbandsklage im Umweltrecht
- chancengleiche Bildung
- Schritte zur Beseitigung des Rentenstrafrechts
- die Ablehnung militärischer Tiefflüge

Heute haben wir:

- ein von der EU mit hoher Anerkennung bedachtes Arbeitsmarkt- und Struktur-

entwicklungsprogramm

- die Verbandsklage im Umweltrecht
- das längere gemeinsame Lernen bis Klasse 6 beginnt im neuen Schuljahr
- mehrere Bundesratsinitiativen zur Abschaffung des Rentenstrafrechts
- und die Klage der Landesregierung gegen die Bundesregierung zur Wiederinbetriebnahme des Luft-Boden-Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner-Heide

1994 glaubten wohl die wenigsten von uns daran, dass einige dieser Programmpunkte Realität werden könnten. Denn schon wenige Tage nach dem Parteitagsbeschluss erwartete die SPD von uns „Notwendige Klarstellungen“.

„Parlamentarische Demokratie und Kommunismus sind unvereinbar“- so der abschließende, deutliche Satz der Erklärung.

Zwei Jahre später, wie schon erwähnt, stellt Scharping klar, dass sich die SPD „mit denen“ von der PDS nie verbinden wird.

Wieder zwei Jahre später entsteht die erste Koalition zwischen SPD und PDS auf Landesebene.

Veränderungen also auch bei der SPD?

Ich meine ja, wenn auch weniger aus programmatischen, sondern eher aus machtpolitischen Erwägungen heraus.

Ich teile die Auffassung, dass es bei der SPD und ihrer Bereitschaft, mit uns Koalitionen einzugehen, heute noch immer leider weniger um gesellschaftspolitische Alternativen, sondern eben mehr um machtpolitische Konstellationen geht.

Dennoch: die SPD in Mecklenburg-Vorpommern hat 1998 auch den Mut und den Willen gefunden, etwas bis dahin in der Bundesrepublik Unmögliches umzusetzen.

Es wurde damit deutlich, dass linke Regierungsbündnisse mit der SPD möglich sind, wenn beiderseits politische Vernunft sowie Berechenbarkeit gegeben sind und die Unterschiedlichkeiten der Parteien gegenseitig respektiert werden.

Eine Alternative zu CDU- geführten Landesregierungen ist entstanden.

Und anders als bei den Wahlen 1994 , wo die CDU/FDP-Regierung und 1998 die CDU/SPD-Regierung abgewählt wurden, wurde 2002 die SPD/PDS-Regierung in ihrem Amt bestätigt. Wenn auch mit erheblichen Verlusten für die PDS, worauf ich an anderer Stelle nochmals eingehen werde.

Zu den eigenen inhaltlichen Maßstäben als Voraussetzung für eine Regierungsbeteiligung ist also auch der Wille des Regierungspartners entscheidende Voraussetzung. Das schließt ein, dass auch er bereit ist, Kompromisse einzugehen. Ob wir in diesem Prozess ständig die größeren oder schmerzhafteren Kompromisse eingehen müssen, liegt auch an unserer eigenen

## Kompetenz.

Nach den Forderungen zum „Regieren wie am Runden Tisch“ aus dem Jahr 1994 beschlossen wir im August 1998 „Mindestanforderungen für eine neue Politik“, auch als Angebot an die Sozialdemokraten für eine gemeinsame Politik nach den Landtagswahlen. Wieder stand die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Mittelpunkt. Ferner gehörten u.a. dazu:

- der landespolitische Einstieg in den ÖBS, darunter der Einsatz von 1000 Jugend- und Schulsozialarbeitern
- eine Bildungsreform, einschließlich des 12-Jahresabiturs und einer 6-jährigen Grundschule
- die Gewährleistung einer stabilen Kunst-, Kultur- und Sportförderung
- die Senkung des Kommunalwahlalters auf 16 Jahre
- die Reform der Landesverwaltung, eine Funktionalreform und Reformmodelle für Kommunale Verwaltungen
- die Verweigerung der Finanzierung des Baus des Transrapid

Heute haben wir:

- mehr Unterrichtsstunden in Mathe und Deutsch an der Grundschule als erste Antwort auf PISA
- 25 Mio € für eine Multimediainitiative an den Schulen eingesetzt
- den Weg zum 12-Jahres-Abitur wieder geebnet
- seit vielen Jahren rund 800 Stellen in der Jugend- und Schulsozialarbeit als feste und dauerhafte Arbeitsplätze gesichert und in der Perspektive bis 2013 gesichert
- das Kommunalwahlalter auf 16 Jahre gesenkt und die 5%-Hürde auf kommunaler Ebene abgeschafft
- das Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankert
- ein Sportfördergesetz mit einer jährlichen Garantiesumme zur Förderung des Sports
- eine, zugegebenerweise, nicht unumstrittene Verwaltungs- und Funktionalreform auf den Weg gebracht und verhindert,
- dass Steuergelder für den Transrapid ausgegeben werden.

1994 und 1998 haben wir also Maßstäbe formuliert, die in praktische Politik umgesetzt wurden. Oft, wie beim „längeren gemeinsamen Lernen“, in jahrelangen

Diskussionsprozessen. Manchmal mit zwischenzeitlichen Niederlagen.

Die Maßstäbe von 1994 und 1998 finden wir auch auszugsweise im Buch „Warum? Für Wen? Wohin?“

Zu den Maßstäben des Jahres 2002 findet man folgenden Satz: „Wurden vor dem Eintritt in die Koalitionsverhandlungen 1998 noch „Mindestanforderungen“ als Sollbruchstellen für eine Koalition formuliert, so entschied sich die PDS im August 2002, nur noch „Hauptziele für die künftige Landespolitik“ als Grundlagen für die Koalitionsverhandlungen zu beschreiben.

Beim Leser kann so der Eindruck entstehen, die PDS wäre 2002, trotz der herben Wahlniederlage, ohne Vorbedingungen in der Koalition geblieben, nur um an der Macht zu bleiben.

Ein Eindruck, der sich beim Lesen bei mir an verschiedenen Stellen erhärtet hat. Der Eindruck aber trägt.

Anders als 1998 hat es in der Fraktion und in Landesarbeitsgemeinschaften eine umfassende inhaltliche Vorbereitung gegeben. Auch für mögliche neue Koalitionsverhandlungen.

Eine Herangehensweise, die sich dann bei den Verhandlungen selbst ausgezahlt hat. Denn wir waren inhaltlich besser aufgestellt und konnten anders als 1998 überzeugender argumentieren.

Schwerpunkte dieser umfangreichen Zuarbeiten und der daraus abgeleiteten „Hauptziele für eine künftige Landespolitik“, Beschluss des Landesvorstandes vom September 2002, waren u.a.:

- der Kampf gegen Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliches und ressortübergreifendes Handeln auf Grundlage eines langfristigen Landesprogramms
- verbesserte Rahmenbedingungen zur Integration von Migratinnen und Migranten
- ein Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranker
- die Beibehaltung des Landesblindengeldes
- der Erhalt einer wohnortnahen und qualitativ hochwertigen stationären medizinischen Versorgung
- ein Existenzgründerdarlehensprogramm
- ein Informationsfreiheitsgesetz
- eine Landes-Agenda-21
- ein Landeskonversionsprogramm

Heute erarbeiten wir gemeinsam mit SPD und CDU ein Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“. Der 8. Mai, der Tag der Befreiung, ist seit vielen Jahren Landesgedenktag.

Die neuen Landesleitlinien zur Integration von Migrantinnen und Migranten sind in der Ressortabstimmung.

Das Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen ist auf den Weg gebracht. Das Landesblindengeld ist nicht gekürzt. Die Krankenhauslandschaft ist seit Jahren stabil.

Mikrodarlehen aus dem Arbeitsministerium helfen vielen Existenzgründern die ersten Schritte zu gehen.

Ein Informationsfreiheitsgesetz wird auf der nächsten Landtagssitzung eingebracht.

Die Landes-Agenda-21 ist erarbeitet.

Eine Konversionspartnerschaft zwischen dem Land, den Kommunen, die von Standortschließung der Bundeswehr betroffen sind, und der Bundeswehr wurde unterzeichnet, Konversion ist durch uns zum Mittel der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik entwickelt worden.

Viele dieser Ergebnisse unserer Regierungspolitik haben ihren Ausgangspunkt in Diskussionen und Vorarbeiten der Landespartei und ihrer Arbeitsgemeinschaften.

So haben die Fortschritte in der Bildungspolitik ihren Ausgangspunkt in den „Bildungspolitischen Leitlinien“, erarbeitet von unserer LAG Bildung und beschlossen vom Landesparteitag.

Ausgangspunkt für die Leitlinien zur Integration von Migrantinnen und Migranten waren entsprechende Vorarbeiten unserer LAG Migrationspolitik, beschlossen von einem Landesparteitag.

Die mittlerweile bundesweit Anerkennung findenden Regelungen zur Konversion haben ihren Ausgangspunkt in der inhaltlichen Vorarbeit unserer LAG „Frieden und internationale Sicherheit“, die, anders als im Buch behauptet, ihre Arbeit nicht eingestellt hat, sondern jetzt z.B. dabei ist, die nächste „Ostseefriedenskonferenz“ vorzubereiten.

Diese Zusammenarbeit, diese Vorarbeit, durch Gremien der Landespartei ist eine weitere wichtige Voraussetzung unserer Arbeit.

Bewährt haben sich die jährlich von mir durchgeführten Beratungen mit den Sprecherinnen und Sprechern unserer Landesarbeitsgemeinschaften, auf denen wir gemeinsam inhaltliche Schwerpunkte und Projekte ausloten.

Da es per Satzung keinen „Kleinen Parteitag“ gibt, haben wir die so genannte „Gremienberatung“ eingeführt. Landesvorstand, Landesparteirat, Kreisvorsitzende und Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaften treffen sich vierteljährlich, um über Erreichtes und Künftiges zu diskutieren. Dabei wird keiner ausgeschlossen, jede und jeder kann sich, wenn

gewollt, einbringen.

Aus den Erfahrungen der ersten Regierungsperiode lernend, haben wir im September 2002 mit Beschluss des Landesparteitages eine so genannte „Außerparlamentarische Begleitgruppe“.

In dieser Gruppe arbeiten nur Genossinnen und Genossen, die nicht in der Fraktion sind und nicht zur Regierungsmannschaft gehören, also den Blick „von außen“ haben.

Seither legte die Gruppe den Landesparteitagen regelmäßig Einschätzungen zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarung vor, was nicht selten zum Unmut der Angesprochenen führte.

Wir haben also versucht, möglichst breite Diskussionsforen zu schaffen, um uns stets mit unserem eigenen Tun auseinandersetzen zu können.

Natürlich ist das alles nicht perfekt, kann man das alles noch viel umfassender und tiefgründiger betreiben. Aber zu behaupten, wie im Buch nachzulesen, Kritik sei nicht erwünscht und würde unterdrückt, ist so eben nicht zutreffend.

Und schon gar nicht hilfreich.

Nicht zu leugnen ist, dass die nunmehr fast 8 Jahre Regierungsbeteiligung eine ständige Herausforderung waren.

Wir, die Vorstände auf allen Ebenen, die Abgeordneten auf allen Ebenen, die Landrätinnen, die Minister, die Mitglieder - wir alle mussten lernen und akzeptieren, dass die Ziele und Maßstäbe von Parteiprogramm, Wahlprogramm und Vereinbarungen mit Koalitionspartnern nicht identisch sind und sein können.

Maßstab für den Erfolg einer Regierungsbeteiligung ist daher vor allem die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung.

Lernen mussten wir auch, dass die öffentliche Wahrnehmung und Widerspiegelung unserer Arbeit eine andere ist.

Die mediale Nachfrage und Präsenz bei Ministern ist anders als bei Landesvorstandsmitgliedern. Eine Pressemitteilung des innenpolitischen Sprechers der Landtagsfraktion findet in den Medien eher Berücksichtigung als die Meldung des Sprechers der LAG „Migrationspolitik“.

Ein Zustand, der uns ärgert und von uns kaum zu beeinflussen ist.

Daraus aber selbst abzuleiten, dass der Landesvorstand seiner Führungsverantwortung nicht gerecht wird, weil er kaum öffentliche Widerspiegelung findet, ist ein falscher Schluss.

Ein weiteres Problem ist die Mobilisierung der Partei zu außerparlamentarischen Aktionen. Der politische Gegner in Gestalt der Landesregierung ist abhanden gekommen.

Erstmals waren wir selbst Ziel von öffentlichen Protesten. Dennoch ist Raum für das Außerparlamentarische, für Opposition.

Ich will hier an dieser Stelle an unsere Auseinandersetzung im Zusammenhang mit der EU-Verfassung erinnern. Konsequenz war hier wichtig und richtig. Interessanterweise haben uns führende Gewerkschaftsvertreter in dieser Debatte nahezu bedrängt, die Koalition nicht zu gefährden und unsere ablehnende Haltung aufzugeben.

Wir sind diesen Ratschlägen nicht gefolgt.

Um so mehr freut es mich, dass wir jetzt wieder gemeinsam mit den Gewerkschaften Front gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie machen.

Ich will an dieser Stelle aber auch an unsere ständige Begleitung des Protestes gegen das „Bombodrom“ erinnern. Wolfgang Methling ist als Stellvertretender Ministerpräsident bekannter, begehrter und glaubwürdiger Protestteilnehmer.

Ich will aber auch an unsere Haltung im Zusammenhang mit den Hartz-IV-Protesten erinnern. Im Sommer 2004 hatten Angelika Gramkow, Helmut Holter und ich Vertreter von Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden sowie der Landkirche eingeladen, um gemeinsam über den Umgang mit Hartz IV zu beraten.

Wir stellten die Frage: was erwartet ihr von der PDS in dieser Situation? Aus der Regierung auszutreten, wurde uns nicht empfohlen.

Statt dessen haben wir gemeinsam festgelegt,

- dass wir gemeinsam über Hartz IV aufklären
- dass wir gemeinsam gegen Hartz IV auf der Straße protestieren und
- dass wir gemeinsam den von Hartz IV Betroffenen mit Hilfe und Unterstützung zur Seite stehen

Das haben wir dann auch gemeinsam getan.

Im Buch heißt es jedoch dazu:

„Bei Funktionären der Partei war allenthalben eher Zurückhaltung vor massenhafter Mobilisierung Betroffener, Unbehagen gegenüber dem Druck der Straße, Angst vor dem Austritt oder Rauswurf aus der Regierung zu spüren als gemeinsame Kampfbereitschaft gegen die in Hartz IV deutlich erlebbare Offensive des Kapitals gegen abhängig Beschäftigten, Arbeit Suchenden und sozial Geschwächten.“

Als ich mit auf der Straße war, fühlte ich kein Unbehagen. Ich fühle aber, wenn ich das lese, großes Unbehagen, weil realitätsfern und persönlich diffamierend.

Deutlicher wird dieser Widerspruch auch, wenn man bedenkt, dass die Basis im Bundestagswahlkreis 15 Helmut Holter gedrängt hat, für den Bundestag zu kandidieren, weil mit seinem Namen auch der Protest gegen Hartz IV verbunden sei.



Nein, wir konnten Hartz IV nicht verhindern. Jedes Mal , wenn man mit Betroffenen spricht, spürt man seine eigene Hilflosigkeit.

Im Parlament mussten wir uns anhören, dass wir mit den gleichen Parolen wie die Rechtsextremen auf der Straße waren.

Und dann erfährt man hier und da aus der eigenen Partei keine Solidarität. Das schmerzt. Aber auch das gehört zu den Ergebnissen und Erfahrungen von Regierungsbeteiligung.

Zu diesen Erfahrungen gehört auch, dass es uns nicht gelungen ist, einen wirklichen messbaren Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit zu leisten.

Wir haben es nicht geschafft, die finanzielle Situation der Kommunen wirksam zu entlasten. Die von uns nicht mehr aufrecht zu erhaltende Mindestgarantiesumme für die kommunale Ebene war jedoch nicht der alleinige Grund der Finanzmisere. Der Kreis, in dem ich wohne und als Kreistagsabgeordneter seit Jahren tätig bin, war schon mit Mindestgarantie hoffnungslos verschuldet. Für eine umfassende Gemeindefinanzreform fanden wir jedoch bei der SPD bisher kein offenes Ohr.

Die wirkliche Kostenfreiheit des Vorschuljahres im Kindergarten, mittlerweile fachlich hohe Anerkennung findend, scheiterte am Widerstand der SPD.

Am Widerstand der SPD scheitert auch das im Koalitionsvertrag fixierte Tariftreuegesetz.

Wir können nicht verhindern, dass Bürgerinnen und Bürger ständig steigenden Energiepreisen und anderen Gebühren und Abgaben ausgesetzt sind.

Wir erleben gerade wieder, dass wir Abschiebungen von Asylsuchenden kaum verhindern können.

Wir können nicht verhindern, dass Soldaten aus Kasernen in Mecklenburg-Vorpommern zu Auslandseinsätzen in alle Welt geschickt werden, und die SPD die Stationierung des Eurofighter in Rostock-Laage richtig und notwendig findet.

In der ersten Regierungsperiode haben wir der Steuerreform unsere Zustimmung gegeben und die Zustimmung des Ministerpräsidenten zur Rentenreform, erteilt im Bundesrat gegen unseren Willen, zur Kenntnis genommen.

Kritiker von heute wandten sich damals nicht gegen diese Entscheidungen. Sind das die so genannten und viel zitierten Schmerzgrenzen?

Ich gebe zu, ich weiß es nicht.

Ich glaube aber, dass es keinen Sinn macht, täglich die Frage eines Koalitionsbruchs vor sich her zu tragen. Ein Ausstieg klärt doch keine Probleme.

Er schafft höchstens neue oder beruhigt das Gewissen, denn man ist nicht mehr „verantwortlich“. Trügerisch.

Ich stelle mir daher immer wieder die Fragen „WARUM?FÜR WEN?WOHIN?“

Geht es um uns, um unser Ansehen? Um unsere Partei? Schaden wir uns? Brüskiert man uns ?

Oder: Geht es nicht eher um die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, ihre Erwartungshaltungen, ihre Bereitschaft, gemeinsam mit uns die Probleme des Landes anzupacken?

Für mich geht es um letzteres.

Und nach fast acht Jahren Regierungsarbeit können wir feststellen, dass die Linkspartei.PDS als regierungstragende Partei von immer mehr gesellschaftlichen Kräften - Verbänden, Gewerkschaften, Vereinen, auch den Kirchen - akzeptiert und als Ansprechpartner angesehen wird. Und das vor allem dann, wenn sie den Eindruck haben, dass ihre Probleme von den anderen Parteien nicht genügend aufgegriffen werden.

Eine Feststellung, die erst am 31.01.2006 bei einem unserer turnusmäßigen Treffen mit dem DGB und den Einzelgewerkschaften Bestätigung und Anerkennung fand.

Aber auch Kritik, das gehört zum offenen Umgang miteinander dazu. Da geht es schon längst nicht mehr „um den Wert an sich“.

Da geht es um Interessenvertretung in der Regierung, im Parlament und auf der Straße.

Die Kehrseite der Medaille ist die Tatsache, dass die Linkspartei Menschen verloren hat, die der herrschenden Politik kritisch gegenüber stehen und eine gesellschaftliche Oppositionskraft suchen.

Neben den bundespolitischen Wahlentscheidungen führte auch das 2002 zu unseren herben Wahlverlusten.

Schlussfolgernd aus dieser Wahlniederlage gibt es für uns im September diesen Jahres ein Ziel:

Wir wollen qualitativ und quantitativ gestärkt in den Landtag einziehen.

Wir wissen, dass um so konkreter unsere eigenen Maßstäbe formuliert sind, es umso besser gelingt, unsere eigenen Zielstellungen in praktische Politik umzusetzen.

Ausgehend von meinen Zweifeln des Jahres 1998 kann ich heute feststellen, dass es möglich ist, in einer Koalition mit der SPD als Linkspartei.PDS eigenes Profil zu entwickeln.

Notwendig sind die Klarheit der eigenen Zielstellung, fachlich fundierte eigene Konzepte, Offenheit, Kooperationsfähigkeit, Kompromissbereitschaft.

Acht Jahre Zusammenarbeit mit der SPD in Mecklenburg-Vorpommern haben das politische Klima befördert und den praktischen Beweis erbracht, dass linke Regierungsbündnisse möglich sind.

Es ist eine glaubhafte Alternative zu einer konservativ geführten Landesregierung entstanden, die nicht nur „Schlimmeres verhindert“. Eine Erfolgsgarantie indes gibt es nicht.

Eine Regierungsbeteiligung der Linkspartei kann keine Wunder vollbringen. Deshalb müssen auch Fehler, Versäumnisse und Schwächen benannt werden.

Anrede,

wir wollen den Weg des „längeren gemeinsamen Lernens“ in der Schule bis zu Klasse acht ausbauen.

Nach 8 Jahren Regierungsverantwortung können wir feststellen, dass der Prozess des Lernens nicht abgeschlossen ist. Es lohnt sich weiter zu lernen. Warum?

Um Wege hin zu einem wirklichen Politikwechsel zu eröffnen. Für wen?

Für die Bürgerinnen und Bürger des Landes. Wohin?

In eine Zukunft durch mehr Gerechtigkeit- so wie wir in der Überschrift unseres Wahlprogramms formulieren werden.